

Christiane Grefe

## Dürre im Treibhaus: Revolutionieren wir die Landwirtschaft!

In der Flut der rasenden Informationen verblasst das historische Gedächtnis immer schneller. So drohen, je kürzer und kühler die Tage werden, desto mehr auch die Lehren dieses Hitze-Sommers wieder in Vergessenheit zu geraten. Eine dieser Lehren lautet: Der Klimawandel liegt nicht mehr irgendwann in der Zukunft, wie die Reden selbst vieler Experten immer noch verharmlosend nahelegen. Wochenlang tropische Nächte selbst im Norden, Waldbrände, aufgerissene Felder, vergilbte Wiesen und Staubwolken über vertrockneten Äckern haben vielmehr gezeigt: Der Treibhauseffekt ist längst bedrohliche Gegenwart. Es wäre fatal, das wie nach den Fluten an Elbe und Oder erneut zu verdrängen und dem Klimawandel weiter nur mit einer Politik der kleinen Schritte zu begegnen.

Eine zweite Erkenntnis: Auch wenn Ökonomen seit Jahrzehnten immer intensiver versuchen, die Landwirtschaft durch und durch zu industrialisieren: Sie ist doch kein Berufszweig wie jeder andere. Lebensmittel zu erzeugen bleibt existenziell auch für eine Gesellschaft, die sich vom Ursprung ihrer Ernährung immer mehr entfremdet hat, umso weiter, je mehr sie sich in virtuellen Parallelwelten bewegt.

Diese beiden Erkenntnisse bedingen eine dritte: Wenn „Jahrhundert“-Dürren, Fluten und Stürme mit Starkregen und Hagelschlag immer dichter aufeinander folgen, dann geht das Risiko über die üblichen Witterungsschwankungen hinaus, mit denen Bauern seit jeher zu kämpfen hatten – und dieses Risiko darf nicht allein ihnen aufgebürdet werden.

Und viertens: Aus allen drei Erkenntnissen müssen agrar- und gesellschaftspolitische Konsequenzen gezogen werden, die endlich die Dimensionen und die Dringlichkeit des Problems spiegeln. Das ist umso wichtiger, weil viele Bauernhöfe schon jetzt mit einem Bein im Aus stehen. Wachsende Qualitätsanforderungen, der Druck offener Weltmärkte sowie steigender Ausgaben für Dünger, Pflanzenschutzmittel, Pachten und neue Technologien: All diese Trends beschleunigen rasant den Strukturwandel („Wachse oder Weiche“), dessen Ziel euphemistisch so gern als „Konsolidierung“ bezeichnet wird. So viele Betriebe wie in den letzten fünf Jahren haben seit den 1960ern nicht aufgegeben. Wer auf dem Land noch Vielfalt erhalten will, der muss daher verhindern, dass sich dieses Höfesterben nicht auch noch infolge der Klimakrise weiter zuspitzt.

Viele Getreidebauern vor allem in Nord- und Ostdeutschland verdienen daher nach dem Sommer der verbrannten Erde die Solidarität der Steuerzahler, ebenso wie Tierzüchter, deren Grünfutter vertrocknet ist. Und diese Solidarität muss deutlich weiter reichen als das Nothilfeprogramm, das die Bundeslandwirtschaftsministerin durchaus publikumswirksam beschlossen hat, um Bauern für einen Teil der Verluste zu entschädigen.

Julia Klöckner hat bei den Ausgleichszahlungen zwar Einiges richtig gemacht. Beispielsweise wollte sie zunächst harte Daten sehen, ehe sie tief in die Tasche griff. So wurde aus der Milliarde Euro, die der Deutsche Bauernverband (DBV) schon vollmun-

dig veranschlagt hatte, ehe die Ernte überhaupt eingefahren war, ein Bundeszuschuss von „maximal“ 170 Millionen Euro. Er soll von den Ländern in gleicher Höhe auf 340 Millionen Euro aufgestockt und zugewiesen werden. Richtig ist auch, dass die Ministerin nicht das ganz große Füllhorn über allen Bauern ausschüttet, sondern gezielt jenen Unterstützung zukommen lassen will, die sie am ehesten brauchen.

Fraglicher ist allerdings, ob das so einleuchtende Kriterium – die konkrete Existenzgefährdung des einzelnen Empfängers – tatsächlich Verteilungsgerechtigkeit bringen wird. Bislang herrscht in den zuständigen Behörden noch große Ratlosigkeit, wer ein Anrecht auf die Summen haben soll. Wenn die Bedürftigkeit nicht klar definiert und von den Bundesländern sorgfältig geprüft wird, dann profitieren womöglich gerade solche Großbetriebe von den Steuergeldern, die besonders riskant gewirtschaftet haben.

Und eines ist bei alledem sicher: Solche nachträglichen Ausgleichszahlungen ersetzen keine vorausschauende Klima- und Agrarpolitik, die für die gesamte Landwirtschaft überfällig ist. Zu diesem komplexen und konfliktträchtigen Aufgabenfeld allerdings bekam man von Julia Klöckner nach der Hitze-katastrophe wenig zu hören, und vom Bauernverband auch nicht.

Dessen Fokus auf hohe Geldforderungen nach der „schlechtesten Ernte des Jahrhunderts“ war typisch für die Selbstbedienungsmentalität einer Branchenorganisation, die sich dank jahrzehntelanger Direktzahlungen aus Brüssel an Subventionen gewöhnt hat. Die Skepsis gegenüber dem Handaufhalte-Ritual wuchs noch, weil keineswegs alle Höfe hierzulande gleichermaßen unter der anhaltenden Trockenheit zu leiden hatten. Teile Süddeutschlands und des Mittelgebirges kamen durchaus hin, Winzer und einige Obst- und Gemüsebauern fuhren sogar Rekordern ein. Außerdem könnten die drohenden Defizite betref-

fener Landwirte zumindest teilweise durch höhere Marktpreise kompensiert werden.

### An der Frontlinie des Klimawandels

Vor allem aber würden viele Bürger solchen Notprogrammen wohl auch in – leider absehbaren – zukünftigen Fällen noch lieber zustimmen, ginge es der Bauernlobby um mehr als ihre eigenen Interessen; übernehme sie zugleich mehr Verantwortung für das klimapolitische Ganze. Denn obwohl die Energiewende seit Jahren stockt und obwohl die Verkehrs- und Wärmewenden bislang so gut wie ausgeblieben sind: Kritik an einer Großen Koalition, die unter rhetorischen Beschwörungen des Gegenteils im klimapolitischen Backlashmodus regiert, hört man vom Bauernverband selten.

Seine Mitglieder stehen ja tatsächlich „an der Frontlinie des Klimawandels“. Gerade Landwirte erleben seine Folgen seit langem, auch schon in Jahren ohne Katastrophenschocks: weil saisonale Rhythmen immer weniger berechenbar sind, weil sich neue Schädlinge ausbreiten, weil gewohnte Pflanzenarten und -Sorten nicht mehr so gut gedeihen, weil sich Erosionsprobleme verschlimmern. Warum fordert ihre Ständevertretung dann nicht lauter ein Tempolimit, einen besseren öffentlichen Nahverkehr und weitere Maßnahmen, die einer Eskalation des Klimawandels und damit der Anpassungsprobleme ernsthaft entgegenträten? Warum verbündet sie sich nicht mit anderen Kräften, damit Deutschland endlich ernst macht mit seinen Emissionsminderungszielen? Das wäre eine Interessenpolitik, die zugleich positive Wirkung für das Gemeinwohl hätte. Doch wenn der DBV tatsächlich einmal mit dem Finger auf die ärgsten fossilen Emittenten zeigt, dann meist nur, um von der eigenen Verantwortung abzulenken.

Die Landwirtschaft ist nämlich keineswegs nur Opfer des Klimawandels,

sondern zugleich Teil des Problems. Sie verursacht rund acht Prozent der deutschen Treibhausgasemissionen, in Verbindung mit dem gesamten Lebensmittelsystem sogar noch viel mehr; sie trägt also, wie das Umweltbundesamt feststellt, „maßgeblich“ zum Ausstoß klimaschädlicher Gase bei.

Zwar hat der DBV kürzlich seine Klimastrategie aus dem Jahr 2010 fortgeschrieben. Doch auch sie dokumentiert eher eine Politik des Aufschubs. Das erkennt man schon daran, dass die Emissionsminderungsziele, die bis zum Jahr 2020 angestrebt waren, auf 2025 verschoben werden mussten. Die schöne Formulierung dafür lautet, dass eine „Streckung der Zeiträume erforderlich“ sei. Jenseits dessen setzt der DBV vor allem darauf, mit Hilfe neuer Technologien wie etwa der Präzisionslandwirtschaft energieintensiv erzeugte Dünge- und Spritzmittel einzusparen. Diese Strategie ist gut – aber nicht gut genug. Denn wenn zugleich mehr produziert wird, könnte sich der erzielte Einspareffekt auch wieder verringern.

### Zeit für die Agrarwende

Und vor allem: Jeder tiefere Wandel wird vermieden, insbesondere die Abkehr von der Exportorientierung bei Milch und Fleisch. An der Massenproduktion tierischer Erzeugnisse hält der DBV fest, obwohl ihr mehr als die Hälfte der Klimagasemissionen der Landwirtschaft zugeschrieben werden. Dafür sind gleich mehrere Faktoren verantwortlich: die Methanausdünstungen der Tiere, die Entwaldung in Südamerika für Importsoja als Futtermittel, und der Stickstoff, der nicht nur bei der Mineraldüngung Lachgas freisetzt, sondern auch, wenn Gülle in großen Mengen ausgebracht wird.

Beim Ackerbau würden breitere und gezieltere Fruchtfolgen dazu beitragen, dass weniger Kunstdünger und Pestizide gebraucht werden. Ein systematischer Humusaufbau, auf den Öko-

landwirte schon lange besonders viel Aufmerksamkeit richten, hält Nährstoffe und Wasser besser im Boden; der speichert dann auch große Mengen CO<sub>2</sub>. Das gilt besonders für Moorböden. Ihre landwirtschaftliche Nutzung setzt stattdessen Kohlenstoff frei. Sie hier und da wieder zu vernässen, wäre zwar ökonomisch konfliktträchtig, aber gut fürs Klima.

Oder: Agroforstsysteme, bei denen Bäume und Sträucher gemeinsam mit unterschiedlichen Feldfrüchten und Getreiden auf dem Feld wachsen, kühlen das Mikroklima und halten ebenfalls mehr Feuchtigkeit in der Landschaft. Bei all dem wären die Landwirte neben ihrer Rolle als Opfer und Täter beim Klimawandel zugleich Pioniere der Lösungssuche. Für solche einschneidenden Neuerungen allerdings, die oft zugleich mehr Biodiversität befördern, engagieren sich zumindest die Funktionäre des DBV höchstens halbherzig. Damit aber setzen sie die Zukunft ihrer Mitglieder aufs Spiel.

Allerdings, so berechtigt diese oft geäußerte Kritik an der Trägheit des Verbandes ist: Wer wie viele Verbraucher ganz schnell mit dem Zeigefinger auf „die Bauern“ zeigt, der wird erkennen, dass vier Finger der gleichen Hand auf ihn selbst zurückweisen. Auch die Bürger müssen Vieles ändern, wenn die Landwirtschaft ökologisch tragfähiger werden soll.

Das heißt allem voran: weniger Autofahren, auf regenerative Energien umsteigen, das Konsumtempo verringern, für den Ausstieg aus der Kohle streiten. Denn die Landwirte haben durchaus Recht, wenn sie sagen: Klimagas-Emissionen haben nicht nur mengenmäßig ein unterschiedliches Gewicht, sondern auch ethisch.

Das Argument darf natürlich keine Ausrede dafür sein, den eigenen Wandel aufzuschieben. Aber tatsächlich können Menschen ohne SUVs und Flugreisen-Hopping ziemlich gut leben – ohne Essen aber nicht. Schließlich tragen auch das Einkaufsverhal-

ten und die Ernährungs-An- und Widersprüche der Konsumenten zu den ökonomischen Zwängen bei, in denen Landwirte heute wirtschaften. So empören sich zwar viele über den Raubbau an tropischen Wäldern, der im Namen des Sojaanbaus geschieht. Selbst Schüler können mittlerweile im Schlaf hersagen, dass übertriebener Fleischkonsum auch wegen der Importe solcher Futtermittel dem Klima schadet. Weniger, dafür ökologisch verantwortlich hergestelltes Fleisch essen, die Wiedereinführung des Sonntagsbratens statt des täglichen Schnitzels: Diese Themen liefern mittlerweile Titelgeschichten in Fernsehzeitschriften und sind Klassiker bei den Dinnergesprächen der Mittelschicht.

In der täglichen Praxis aber regiert dann doch die Macht der Gewohnheit. Da wird gebraten und gegrillt, was das Zeug hält, und vegetarische Rezepte bieten eher einen neuen kulinarischen Zusatz-Gag, als dass sie Ernährungsalltag werden. Da wird außerdem immer mehr unterwegs, in Kantinen, Restaurants und Fast-Food-Buden, gegessen, was die Industrie aufischt.

Eine ähnliche Schizophrenie gibt es bei den Preisen. Klima- und Naturschutz kosten die Landwirte zusätzliche Arbeit und damit Geld. Selbst viele Bioerzeugnisse in den Supermärkten sind mit einem Preisdruck auf die Erzeuger erkaufte, dem kleinere Betriebe nicht mehr gewachsen sind. In den meisten Umfragen wächst auch die Zahl der Bürger, die sagen: Wenn's der Sache dient, dann bin ich bereit, mehr fürs Essen zu bezahlen. Aber wenn die Preise für Gemüse, Milchprodukte, tropische Importe oder Fleisch tatsächlich die ökologische Wahrheit sagen, dann ist es mit dem Öko-Engagement vieler Konsumenten schnell wieder vorbei.

Kurzum, Bioangebote nehmen zwar zu, bleiben aber letztlich in der Nische. Allein auf den perfekten Verbraucher zu setzen, greift deshalb zu kurz. Parlamente und Regierungen müssen nachhelfen. Das beginnt mit einer öffentli-

chen Debatte über das Spannungsfeld zwischen ökologischen Erfordernissen und sozialer Gerechtigkeit. Nicht nur die Reichen dürfen sich bio leisten können: die Forderung ist zwar berechtigt – und doch ist erstaunlich, wer alles im Interesse des landwirtschaftlichen Status quo plötzlich sein Herz für die weniger kaufkräftigen Schichten im Land entdeckt. Umgekehrt haben sich Natur- und Klimaschützer zu lange vor der Frage gedrückt, was an die Stelle treten soll, wenn Sozial- und Konjunkturpolitik nicht mehr im bisherigen Ausmaß über niedrige Lebensmittelpreise betrieben wird. Der mediale Aufschrei nach dem „Veggie day“-Vorschlag hätte ein Startpunkt sein können, wären nicht auch grüne Politiker sofort ängstlich zurückgeschreckt.

Sicher ist: Klimaschutz und Gerechtigkeit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb müssen Regierungen an vielen Stellen ansetzen: dem Kampf gegen Lebensmittelverschwendung und der Förderung lokaler Ernährungs-Initiativen, Pestizid- und/oder CO<sub>2</sub>-Steuern, einer Forschungsförderung, die andere Schwerpunkte setzt, einer Begrenzung der Viehdichte und einer ernsthaft ökologischen Ausrichtung der EU-Agrarpolitik, die Brüssel noch vor der Wahl des neuen EU-Parlaments im kommenden Jahr durchsetzen will.

Bei all dem gibt es am Ende noch ein weiteres Spannungsfeld, nämlich zwischen der Dringlichkeit des Wandels und dem Ziel, die Vielfalt der Bauern und Praktiken auf dem Land zu erhalten. Die Strategiedebatten über Klimaschutz und -anpassung in der Landwirtschaft fangen derzeit erst richtig an – aber die Natur braucht Zeit. Und Landwirte brauchen langfristige Perspektiven, damit ihre Investitionen berechenbar sind. Umso wichtiger ist es, dass bald Entscheidungen herbeigeführt werden und der ewige Aufschub der Klimapolitik endet. Sonst könnte sie die Höfe am Ende noch stärker in Not bringen, statt sie zu retten.